

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 1,50 Mark, vierteljährlich 4,50 Mark, durch die Post 4,50 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Sozial-Zeitungsabteilung. Sie werden eingegangene Nummern nicht als keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Sozial-Zeitung' gestattet. Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1149, der Postverwaltung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 11331, postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Sozial-Zeitung

Deutschsüßigster Jahrgang.

Nr. 95.

Halle, Mittwoch, den 26. Februar.

1919.

Proteststreik des hallischen Bürgertums.

Die Reichswehrvorlage vor der Nationalversammlung in Weimar.

Weimar, 25. Februar.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Ministerpräsident Scheide mann erklärt, die Regierung werde die Interpellation der Deutschnationalen Volkspartei betreffend Uebergriffe einzelstaatlicher Verwaltungen in Bezug auf den Religionsunterricht an einem nach zu vereinbarenden Tage beantworten. Weiter steht auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf über die vorläufige Reichswehr.

Abg. Schöppin (Soz.): Der Antrag ist ein Notbehelf. Durch Verletzung der Wehrpflichtigen eine militärische Macht zu schaffen, ist zuerst nicht ausführbar. Es ist eine fast gesamte Militärmacht der Welt war und zuerst die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, jetzt genötigt ist, Freiwillige durch Zeitungsinjunkte zu werben. Eine einseitig organisierte Truppe wird die vorläufige Reichswehr nicht sein. Was aber einseitig werden soll und muß, ist, daß diese Reichswehr die Verfassung respektiert und bereit ist, sich der Reichsregierung unterzuordnen und dem Reichsgedanken Geltung zu verschaffen. Notwendig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Kommandogewalt unterziehen und eine starke Disziplin haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Schon heute sehen unzählige Soldaten ein, daß die gegenwärtigen Zustände in den Kasernen unmöglich so weiter dauern dürfen. Die Offiziere sollten aus den Vorgängen seit der Revolution gelernt haben, daß sie auf manches verzichten müssen, was ihnen vielleicht bisher sehr angenehm war. Die volle Kommandogewalt wird nicht mehr sein, auch die alte Gruppiertheit ist wahrscheinlich unmöglich und auch nicht einmal wünschenswert. Auch mit dem freiwilligen Grube kann der Vorgelegte durchaus respektiert werden.

Dieser Antrag ist dringend. Es geht einfach nicht an, die Zustände weiter bestehen zu lassen, daß Polen, Litauern und andere Völker die Grenzen des Reiches bedrohen, aber daß Kanakiter oder

ein paar Verbrecher eine Schandenspektakel anzustellen. Deshalb hoffe ich, daß sich auch aus der sozialdemokratischen Arbeitererschaft genug Leute finden, die freiwillig eintreten. Zweifelslos befinden sich angeworbene Truppen auch gewisse Bedenken und Gefahren, aber die neue Einrichtung nur kurze Zeit dauern soll, wozu besonders die Gefahr, daß die Reichswehr eine Söldnertruppe wird, nicht allzu schwer. Es gilt jetzt, schnell und energisch zu handeln. (Beifall.)

Abg. Grotzer: Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr ist so wichtig, daß wir jede Stunde als verloren ansehen, um die sie verzögert wird. Wenn diese Macht das leisten soll, was man erwartet, dann müssen Gehorsam und Disziplin walten. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Siehr (Dem.): Die neue Reichswehr kann natürlich nur klein sein, sie wird aber ihren Zweck erfüllen, wenn sie auf harter Manneszucht aufbaut ist. Wir fordern von der Regierung mit aller Entschiedenheit, daß sie dem österreichischen Grenzlande bis es vor dem Rücktritt eines Russen-Einfalls zu bewahren. Wir fordern auch ein weiteres Vordringen der Polen über die Demarkationslinie hinaus zu verhindern. Energisch muß im Innern des Landes für Sicherheit und Ordnung gesorgt werden. (Beifall.)

Abg. Barocke (Dn.): Wir sind durch die Vorgänge der letzten Wochen nicht überatmet worden. Sind sie doch nichts anderes als weitere Folgen der Revolution. Wenn jetzt endlich etwas geschieht, so ist es sicherlich spät. Die Vorlage zeigt, daß die Sozialdemokratie umgeleitet hat. Es geht eben nicht ohne Militarismus. Den freiwilligen Truppen danken wir für ihre ausgezeichnete Hilfe. Man sollte die Offiziere wieder in ihre Rechte einsetzen. Zu militärischen Führern sollten nur Sachverständige ernannt werden. Wir werden für das Gesetz stimmen. Der Zusammenbruch des alten Heeres ist uns tief schmerzhaft. Es war das beste Heer der Welt. Wir werden ihm nie verzeihen, was es in diesem Kriege geleistet hat. (Beifall rechts.)

Abg. Heule (Unabh. Soz.): Wir treten dem Entwurfe aufs Jäheste entgegen und verlangen bei seiner Wichtigkeit Kommissionsberatung. Die Darstellungen einer außerordentlichen Lage im Osten sind nichts als Schwindel.

Wir wollen doch mit allen Völkern in Eintracht leben, also auch mit den Russen. Mit dem Entwurfe scheint man auch die Soldatenräte endgültig beseitigen zu wollen. Wir aber wollen den alten Kampfeifer endlich verschwinden lassen. Bei diesem Gesetzentwurfe handelt es sich darum, die vorwärtsdringenden revolutionären Kräfte niederzudrücken. Die Vorlage ist ein Stück Wiederbelebend des Militarismus. Deshalb bekämpfen wir sie.

Reichsminister Roste: Der Antrag der Parteien trägt lediglich der dringenden augenblicklichen Notlage des Reiches Rechnung. Für eine Regierung, die zur Hälfte aus

Der Generalstreik des hallischen Bürgertums.

Abwehrmaßnahmen.

Eine zahlreich besuchte Versammlung hallischer Bürger, in der alle Klassen und Schichten der Bevölkerung vertreten waren, hat einstimmig den Generalstreik des Bürgertums als Abwehrmaßnahme beschlossen. Der eingesetzte Aktionsausschuss hat für den Bürgerstreik durch das folgende Flugblatt zum Generalstreik auf:

In einer Versammlung, in der alle Kreise und Schichten vertreten waren, ist gestern Dienstag als Abwehrmaßnahme der Generalstreik des Bürgertums einstimmig beschlossen worden.

Wir wollen uns damit gegen den Terror wehren und wir wollen mit aller Kraft auch für die Gleichberechtigung des Bürgers eintreten. Ungehört sind die Schäden, die durch eine Verlängerung des Generalstreiks eintreten werden. Deshalb wollen wir mit Entschiedenheit dafür eintreten, daß der Streik baldigst durch unseren Gegenstreik beigelegt wird.

Unsere Forderung geht dahin: Alle Angestellten, Beamte, überhaupt alle Bürger stellen sofort ihre Tätigkeit ein; alle Geschäftsbetriebe, Büros, Bureaus oder Betriebe; alle amtlichen Bureaus und Schulmässen gleichfalls geschlossen werden. Wir werden freudig die Arbeit wieder aufnehmen, wenn der Generalstreik der Unabhängigen beendet und die Bahn frei ist für ein geordnetes Arbeiten einer Regierung, die die großen Massen des Volkes hinter sich hat.

Der Aktionsausschuss des hallischen Bürgerkreises.

Unterzeichnet ist das Flugblatt von einer Anzahl von Berufs- und wirtschaftlichen Organisationen.

Weiter beschloß der eingesetzte Aktionsausschuss die Absendung des folgenden Telegramms an die Regierung in Weimar:

Reichsregierung. Weimar.

Bürger aller Klassen und Berufe beschließen heute als Abwehr gegen den Generalstreik der unabhängigen Sozialdemokratie den Generalstreik des Bürgertums. Gleichseitig legen wir Verwahrung dagegen ein, daß bürgerliche Zeitungen Mittwoch nachmittags nach Beschluß der Unabhängigen stillgelegt werden sollen. Wir erwarten schnellste Hilfsmaßnahmen.

Der Aktionsausschuss des hallischen Bürgerkreises.

Sozialdemokraten besteht, ist es gewiß außerordentlich unerwünscht, daß eine ihrer ersten Maßnahmen darauf gerichtet sein muß,

neue starke militärische Machtmittel aufzustellen und gegen die eigenen Volksgenossen Gewalt anzuwenden. Wenn das geschieht, so wird beschuldigt, weil es im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung und des Bestandes des Reiches notwendig ist. Mit diesem Geleß wird hoffentlich der Anfang zu streifer Einheit auf militärischem Gebiete gemacht. Den freiwilligen Verbänden sind wir zu hohem Danke verpflichtet. Die Werbeprospekte in den Zeitungen, die eine unzeitliche Erscheinung sind, werden jetzt aufgehoben. Ich hoffe, in nicht allzu ferner Zeit Regel und Ordnung in unser Heer zu bringen. Es wäre eine verdächtige Beistimmigkeit,

wenn die Regierung nicht darauf bedacht wäre, die von Volksgenossen bedrohte österreichische Grenze zu schützen. Die Stärke der Reichswehr wird, wenn wir viel Glück haben, nicht ein Drittel bei alten Heeresstärke betragen. Das Ausland braucht also keinen Anlaß zu Mißtrauen zu haben. Die

wird 2. Teilzahl. 30 mm dr. Kolonialzeitung oder deren Raum mit 40 Pf. bezahlt u. in unsere Anzeigenstellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Redaktionen die 20 mm breite Zeile 1,25 M. Anzeigenannahmegebühr vom. 11 Uhr, für die Sonntags- u. abends 3 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint wöchentlich 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsleit. u. Haupt-Geschäftsleiter: Halle, Hans Promenade 19. Dr. Otto Kauschke, 17. Neben-Geschäftsleiter: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52

Abänderungsanträge der Parteien enthalten lediglich Selbstverständliches. Ein Mitbestimmungsrecht, das sich mit der Schlagfertigkeit der Truppen vereinbaren läßt, muß der Mannhaftigkeit zugestanden werden. Es muß aber darauf geachtet werden, daß

starke Manneszucht und tadellose Disziplin herrschen. Ich glaube, namens der Regierung den Parteien versichern zu können, daß sie bemüht sein wird, so rasch wie möglich ein Inkrement zu schaffen, das uns das erforderliche Maß von Sicherheit an den Grenzen und Ordnung im Lande garantiert. Ich hoffe, daß das bloße Vorhandensein der Reichswehr schon derart wirken wird, daß sie zu ernstlichen Kämpfen nicht Verwendung finden wird. (Beifall.)

Abg. Ahmann (D. Vt.): Viel wird bei der Freiwilligenwerbung nicht herauskommen. Wenn wir Disziplin nicht schützen, verlieren wir unser wichtigstes Ernährungsgebiet bei den Rand- und Grabarbeitern handelt es sich um tiefen Gemütswerte. Der

Glaube an die Gegenrevolution ist ein Irrglaube. Wir haben ganz andere Sorgen. Es geht ums Leben. Hoffentlich hat jetzt schon allein der Entschluß, eine Reichswehr zu schaffen, die Wirkung, die wir alle erhoffen. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung spricht sich Abg. Ritter u. Langbeinrich (Dem.) für den Antrag der Mehrheitsparteien aus, wonach besonders zu bewahren ist Unteroffizieren die Disziplin aufrechterhalten zu lassen. Die sofortige Scheidung zwischen Offizier und Mann muß beseitigt werden.

Reichsminister Roste wendet sich gegen die von den unabhängigen Sozialisten eingebrachten Abänderungsanträge. In der Auswahl der Formationen, die in die vorläufige Reichswehr aufgenommen werden sollen, sollte man die Regierung nicht hindern. Es befinden sich zahlreiche Formationen, die man manens leben militärischen Wertes nicht aufnehmen könne. Die Befehrs- u. konterrevolutionären Bewegungen in der Reichswehr sei hinsichtlich und erheime als übermäßiges Maß von Mißtrauen

in die politische Reife des Volkes. Ueber die Stärke der Reichswehr werde Bericht erstattet werden. Man werde aber nicht die Verpflegungslastern nehmen dürfen; denn es würden zuerst allein in deutschen Lazaretten noch 200 000 Kranke und Verwundete verpflegt, die noch dem Heere angehören.

Darauf wird der Entwurf nach dem Antrage der Antragsteller ohne Debatte erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr: Reichswehr. Schluß gegen 2 Uhr.

Der Rätekongress in München.

München, 25. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Kurz nach 2 Uhr nachmittags begann der Rätekongress. Bis zu Stunde ist noch keine entscheidende Handlung vollzogen worden. Unter endlosen, stürmisch bewegten Debatten wurden zunächst die üblichen Formalitäten, Wahl des Vorstandes usw. erledigt. Es ist zu erwarten, daß über den Hauptantrag, Ausrufung der Räte-Republik, heute noch abgestimmt wird. Die Stimmung unter den Teilnehmern des Rätekongresses ist äußerst gespannt. Die Unabhängigen und die Spartakusgruppe sind ihres Sieges sicher und beraten schon unter sich die Maßnahmen, die der Ausrufung der Räte-Republik folgen sollen. Die Mehrheitssozialisten sind von ihrem Standpunkte nicht gewichen, daß sie auf keinen Fall in die Ausrufung einer Räte-Republik willigen werden und daß sie unter allen Umständen die Einberufung des Landtags fordern.

Die Münchener Zeitungen unter Vorzensur.

München, 25. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus München wird gemeldet: Da die Unabhängigen immer mehr unter den Einfluß der Spartakisten geraten, fürchten die Mehrheitssozialisten ihre Ausstoßung aus der Regierung. Infolgedessen machen die Mehrheitssozialisten immer mehr Zugeständnisse an die Radikalen. So haben sie besonders der Bergewaltung der bürgerlichen Presse zugestimmt, indem mit ihrem Einverständnis jede Zeitung der Vorzensur der Arbeiter- und Soldatenräte unterstellt worden ist. Das Leben in München hat wieder normales Aussehen bekommen, nur sind alle öffentlichen Gebäude schwarz besetzt. Heute nachmittag wurden auch die bürgerlichen Zeitungen wieder freigegeben.

Für den morgigen Tag, an dem die Besetzung Münchens stattfand, wurde dem revolutionären Zentralratte vollständige Arbeitsruhe angeordnet. Alle Betriebe und Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelbranche haben den ganzen morgigen Tag über geschlossen zu halten. Die Streikenden darf ihren Verkehr erst nachmittags 2 Uhr wieder aufnehmen. Öffentliche und private Vergnügungsorte sind für morgen verboten.

Kulturländern der Welt vorfindenden Verluste und Ausfälle zu...
wieder gewinnen. Zu diesem Zwecke...
b. Eine Transatlantische. Da die Ausfuhr...
zur Abfederung der Kaffinerien zu dienen...

Prof. Engelbert Hundertthaler hat die Partitur einer dreifachen...
b. Eine neue Heilmethode für Gallenleiden...
Ein sozialistischer Neovincentianerwinnler...

Vermischtes.

Ein sozialistischer Neovincentianerwinnler. In Berlin erscheint eine Zeitung, die ein schönes Motto am Kopfe trägt: 'Für die Sicherung der Revolution! Für die Internationale! Für Menschlichkeit!'

Humor vom Tage. Aus den 'Kriegenden Vätern'. Ein C. L. e. r. Das einzige Nichts ist doch, eine Zeitung zu lesen, wenn sie mindestens ein halbes Jahr alt ist.

Die Theater und die Revolution. Während in Deutschland großen Städten heute die Theater durchweg außerordentlich sind - selbst in den letzten blutigen Tagen...

wieder gewinnen. Zu diesem Zwecke...
b. Eine Transatlantische. Da die Ausfuhr...

von Neuenport. Aus dem aufgelösten Staat Stempel...
Vorläufig keine Neuentwerfer und Ausfuhrleistungen...

Handel, Gewerbe und Verkehr. Zwischenstimmungsblatt. Berlin 25. Februar. Im Vergleich zu gestern hat das Geschäft an der Börse wesentlich an Umfang nachgelassen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die ostpreussischen Veranlassungen für ein langjähriges Ausnahmeverfahren sind sich an den heutigen Börse in Berlin...

Waren	Preis	Waren	Preis
New York	108 1/2	Gold	208 1/2
Silber	100 1/2	Wolle	210 1/2

Produktmarkt. Berlin 25. Februar. Im heutigen Verkehr mit Landesprodukten hat sich nichts geändert. Die Umsätze bleiben gering.

Vom Zuckermarkt. Nh. Die Verzehrswoche brachte den deutschen Rohzuckermarkt nur wenig Leben, wohl aber weitere Verärgerung der Geognose.

zur Abfederung der Kaffinerien zu dienen...
Die Verzehrswoche brachte den deutschen Rohzuckermarkt nur wenig Leben...

Diebstahlbestimmungen. Wassonfabrik, Akt.-Ges., 25...
Kasselerische Warenmesse. 25. Februar. Neben Berlin...

25. Februar. Neben Berlin...
Berliner Börse vom 25. Februar 1912.

Berliner Börse vom 25. Februar 1912.

Aktien	Preis	Aktien	Preis
Döring & Lehmann	86,25	Deutsche Bank	159,75
Elektr. Werke	339,50	Berl. Handelsge.	155,93
Elektr. Werke	379,75	Commerz.-Diskontobank	122,25

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse, Stadt Hamburg. An- und Verkauf von Wertpapieren. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Zum Generalstreik.

Am Montag früh sind die Belegschaften sämtlicher Gruben der Braunkohlenbezirke Bitterfeld, Halle, Oberdröbigen, Seifetal, Weissenfels, Meuselwitz und Borna ohne jede Begründung zu geben in den Generalstreik eingetreten. Der Beschluß zum Generalstreik ist in einer Bergarbeiterversammlung in Halle am 23. Februar 1919 unter Vorsitz der Mitglieder des Bezirksarbeitsrates Koenen, Rausch und Peters gefaßt worden. Vertreter aus Weissenfels, Zeitz und Meuselwitz, die gegen den Streik sprachen, wurden niedergeschrien. Nach Mitteilung des unabhängigen Volksblattes vom 24. 2. trat insbesondere Steiger Peters für die sofortige Erklärung des Generalstreiks ein.

Die Gründe des Streiks sind rein politischer Natur. Wie aus den Äußerungen der verschiedenen Arbeiterausschüsse auf den Gruben hervorgeht, soll durch ihn ein Druck auf die Regierung dahin ausgeübt werden, daß sie die von dem Bezirksarbeiterrat gewünschten Betriebsräte nach Wiener Muster anerkennt, daß die Sozialisierung sofort in Angriff genommen wird und letzten Endes

daß die gegenwärtige Regierung einschl. der Nationalversammlung zurücktritt.

Von besonderem Interesse ist die Begründung, welche der Betriebsrat der Grube Elise II bei Mücheln schriftlich niedergelegt hat. Sie lautet: „Sofortige Anerkennung der Betriebsräte, Anerkennung der Räte-Regierung Bayern, sofortige Einführung auch bei uns. Befreiung der Reichsregierung und der Nationalversammlung. Anerkennung der Räte aus politischen und wirtschaftlichen Interessen. Das sofortige Eingreifen soll geschehen durch den Vorfall in Bayern und den verschiedenen Verhältnissen, auch über Folge in Halle betr. den Genossen Ferchland. Leutnant. Fall Ferchland betrifft besonderes Interesse, da dierelbige ein zweiseitiger ist.“

Der Streit um die Betriebsräte währt bereits seit Erlass der Regierungsverordnung vom 18. 1. 1919. In ihr hat die Reichsregierung in weitgehendem Einigenkommen den Arbeitern die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht und nach den Regeln der Verhältniswahl zugelassen und die sofortige Wahl angeordnet. Der **Halle'sche Bezirksbergarbeiterrat**, eine ohne Zutun der Bergarbeiter, lediglich offenbar aus persönlichem Ehrgeiz zustande gekommene ungesellige Vereinigung politisch auf dem Boden der unabhängigen Sozialdemokratie stehender Männer, von denen die Hälfte überhaupt nie im Bergbau tätig war, hat sich mit dieser gesetzlichen Regelung nicht einverstanden erklärt sondern eine aufreizende Propaganda unter den Belegschaften auf Errichtung von Betriebsräten eröffnet, deren letztes Ziel die Sozialisierung von unten sein soll. Der Erfolg dieser Tätigkeit ist der **jetzige Generalstreik**, dessen Folgen nicht allein für die Industrie Mitteldeutschlands sondern für die **algemeine deutsche Volkswirtschaft von unheilvollstem Einfluß** sein wird.

Der Streik ist **systematisch** betrieben. Noch am Freitag, 3. 2. sogar noch am Sonnabend ist auf den Gruben keinerlei Beunruhigung zu Tage getreten und selbst am Montag haben auf einer großen Reihe der Werke die Arbeiter erklärt, daß sie keine Veranlassung zum Streik hätten und mit ihren jetzigen Arbeits- und Lohnbedingungen zufrieden wären, daß sie dagegen der Gewalt und der Drohung wichen.

Anscheinend sind neben den unabhängigen Führern Spartakusleute und mit russischem Gelde bestochene Elemente die treibenden Kräfte, die den größten Teil der Arbeiterschaft ganz gegen seinen Willen in diese Katastrophe zwingt.

Die **Durchführung des Streiks** wird in rücksichtslosester Art 3. 2. gegen die eigenen Interessen der Arbeiter gehandhabt. Am Montag früh erklärten sich noch die Ausschüsse fast sämtlicher Gruben bereit für die Kohlenversorgung der eigenen Kesselhäuser, Pumpen und Schmelereien einzutreten zu wollen. Eine Bergarbeiterversammlung in Leuders am Montag, den 24. 2., nachmittags faßte jedoch den Beschluß, **ohne Rücksicht auf die eintretenden Folgen**, den Betrieb ganz ruhen zu lassen. In einer Versammlung in Gohennsdöhlen wurde vereinbart, die Schmelereien innerhalb 48 Stunden kalt zu legen, obwohl eine so schnelle Abfeuerung die größte Gefahr für den baulichen Zustand der Anlagen zur Folge haben muß. **Wasserwerke und elektrische Zentralen werden mit Kohle nicht mehr versorgt**; auf einer Grube bei Halle ist durch den Arbeiterausschuß ausdrücklich betont, daß jeder **Abbruch an das Wasserwerk Halle mit Gewalt verhindert werden würde**. Beamte, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes förderlich sind daran gehindert worden; auf Grube Emilie bei Laucha ist die **Vichtleitung zum Tagebau durchgeschnitten** worden. Beamte sind auch auf anderen Gruben an dem Betreiben der Werke gehindert worden. Die **Folge dieses Terrors** ist der am 24. 2. nachmittags erklärte **Generalstreik der Beamten**, die damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die ungeselligen Maßnahmen der Arbeiter nicht billigen.

Zu ihrem Bedauern sind die Leitungen der Betriebe dadurch außerstande, die Geschäfte weiter zu führen.

Die lediglich aus politischen Gesichtspunkten betriebene Agitation einzelner ihrer Verantwortlichen in keiner Weise bemühten Personen hat also Mitteldeutschland in den wirtschaftlichen Abgrund getrieben. Bald werden Städte und Dörfer ohne Licht, ohne Wasser, ohne Kraft sein, Hunger und Glend werden in alle Kreise einziehen der Haß unter den Bevölkerungsklassen wird aufs neue aufgepeitscht, unser Vaterland wirtschaftlich zu Grunde gerichtet — und das alles ohne jeden vernünftigen Grund.

Es handelt sich um eine Machtfrage, die alle auf dem Boden der gegenwärtigen Regierung, der Ruhe und Ordnung stehenden Kreise zu einem geschlossenen Auftreten gegen die Unvernunft und Gewissenlosigkeit zusammenschweißen muß.

Die Bergwerksleitungen lehnen jedenfalls eine Verantwortung für die Ereignisse und Folgen ausdrücklich ab.

Die Führer der Gewerkschaften stehen der Streikbewegung fern.

Halle'scher Bergwerks-Verein.